Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich **Jugend und Soziales**	Datum **20.09.2006**
	Schriftführer **Hans-Jörg Fedder** Telefon-Nr. **02202/14-2865**
Niederschrift	
Sozialausschuss	**Sitzung am** **Mittwoch, dem 23. August 2006**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:22 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A <u>Öffentlicher Teil</u>

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit *Seite A 3*

2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 08.03.2006 - öffentlicher Teil - *Seite A 3*

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 08.03.2006 - öffentlicher Teil
390/2006 *Seite A 3*

4. Mitteilungen der Vorsitzenden *Seite A 3*

5. Mitteilungen des Bürgermeisters *Seiten A 3 f*
310/2006

6. Neuwahl des Seniorenbeirates
311/2006 *Seite A 4*

7. Bericht aus dem Integrationsbeirat
274/2006 *Seite A 4*

8. 1. Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen
2. Entsendung von Mitgliedern des Beirates von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse
185/2006 *Seiten A 4 f*

9. Jahresbericht Kundencenter
336/2006 *Seiten A 5 ff*

10. Neufassung der Richtlinien für den Löwenpass
314/2006 *Seiten A 9 ff*

11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2006 zu alternativen Wohnmöglichkeiten im Alter
312/2006 *Seite A 12*

12. Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil *Seiten A 12 ff*

B <u>Nichtöffentlicher Teil</u> *Seite B 1*

1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 08.03.2006 - nichtöffentlicher Teil -

2. Mitteilungen der Vorsitzenden

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

4. Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die 6. Sitzung des Sozialausschusses in der 7. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 08.03.2006 - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 08.03.2006 - öffentlicher Teil

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Frau Schöttler-Fuchs teilt mit, in der heutigen Veranstaltung des Landesjugendamtes in Bad Honnef sei u. a. die Kinderarmut behandelt worden. Dies betreffe auch diesen Ausschuss und spiele wahrscheinlich eine Rolle in der Diskussion um den Löwenpass.

Sodann verabschiedet Frau Schöttler-Fuchs Herrn Kotulla, der in den Ruhestand geht. Im Namen der Ausschussmitglieder bedankt sie sich für die gute Zusammenarbeit. Besonders verweist sie auf die Unterstützung, die Herr Kotulla ihr in der Sitzungsleitung habe zukommen lassen. Sie überreicht ihm unter Beifall des Ausschusses als Geschenk des Ausschusses einen Karton Wein.
Herr Kotulla bedankt sich für die Verabschiedung und das Geschenk. Er verweist auf die auch im persönlichen Stil angenehme Zusammenarbeit und wünscht den Ausschussmitgliedern für die Zukunft alles Gute.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Hastrich verweist auf folgende Tischvorlagen:

1. Jahresbericht des Seniorenbeirates (s. auch TOP A 6)

2. Broschüre „Wohnen im Alter“ (s. auch TOP A 11)
3. Programm „Kino für Senioren“: Dieses Projekt wird sehr gut angenommen.

Auf Anfrage Herrn Schnörings (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Herr Hastrich, der Vertrag zur Verbraucherberatung sei textlich abgestimmt und werde Mitte September unterschrieben. Dadurch wird die Förderung der Verbraucherberatungsstelle für die Jahre 2007 bis 2009 gesichert. Die Genehmigung der Kommunalaufsicht für diesen Dreijahresvertrag liege vor.
Vom Land gebe es eine Zusage für dieses Jahr, wobei die Verbraucherzentrale einen geringeren Förderbetrag als in den Vorjahren bekommt. Die Mittel konnten so umgeschichtet werden, dass die Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach erhalten werden konnte.
<-@

6 Neuwahl des Seniorenbeirates

@->
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
<-@

7 Bericht aus dem Integrationsbeirat

@->
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
<-@

8 1. Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen
2. Entsendung von Mitgliedern des Beirates von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse

@->
Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der 1. Beschlussvorschlag gestrichen wird. Frau Müller und Frau Eberhardt tauschen ihre Plätze innerhalb des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht, was in der Möglichkeit der Gestellung von Gebärdendolmetschern für Frau Müller in den Beiratssitzungen begründet ist.
Im 2. Beschlussvorschlag ist als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied für den Jugendhilfeausschuss Frau Friedel Biebeler vom Beirat vorgeschlagen worden. Mit diesen Änderungen hat der Hauptausschuss in seiner gestrigen Sitzung dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)
<-@

@-> Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschließt der Rat die Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als beratende Mitglieder in verschiedene Ratsausschüsse und Beiräte wie nachfolgend aufgeführt:

in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport:
als beratendes Ausschussmitglied: Frau Heidemarie Birkholz

als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Herr Wolfgang Boden

in den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann:
als beratendes Ausschussmitglied: Frau Friedel Biebeler
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Frau Claudia Breuer-Piske

in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr:
als beratendes Ausschussmitglied: Herr Peter Hillebrand
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Herr Hans Lauten

in den Jugendhilfeausschuss:
als beratendes Ausschussmitglied: Herr Andreas Fritsch
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Frau Friedel Biebeler

in den Planungsausschuss:
als beratendes Ausschussmitglied: Herr Peter Hillebrand
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Herr Joachim Schermer

in den Sozialausschuss:
als beratendes Ausschussmitglied: Herr Hans Lauten
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Herr Michael Mommer

in den Seniorenbeirat:
als beratendes Beiratsmitglied: Frau Friedel Biebeler
als stellvertretendes beratendes Beiratsmitglied: Herr Hans Lauten

Herr Hastrich händigt jeder Fraktion eine Ausgabe des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes aus. Weitere Exemplare können bei der Behindertenbeauftragten Frau Allelein angefordert werden.

<-@

9 Jahresbericht Kundencenter

@->

Herr Dekker trägt technikunterstützt vor. Seine Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Schu bedankt sich für die CDU-Fraktion bei Herrn Dekker für den Vortrag. Den bürokratischen Aufwand bei der Aufgabenwahrnehmung der K-A-S finde sie erschlagend. Wichtig sei die Zahl der Vermittlungen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Ihr fehlen noch Vergleichsmöglichkeiten.

Herr Gerhards bedankt sich für die FDP-Fraktion ebenfalls für den Vortrag. Er verweist darauf, dass etwa 1 % der Bedarfsgemeinschaften als Betrugsfälle festgestellt wurden. Weiter verweist er auf angebliche Umstrukturierungsmaßnahmen bei der K-A-S. Der Regierungspräsident habe den Kreis angewiesen, die Zusammenarbeit mit der Stadt zu beenden und die alleinige Finanzierung zu übernehmen.

Herr Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) möchte wissen, ob auch die Probleme der Kunden gelöst sind, wenn ein Vorgang für die K-A-S gut verlaufe. Hinter jedem Einzelfall würden sich Menschen mit ihren Problemlagen verbergen. Der Regelsatz sei sehr

knapp bemessen. Herr Dr. Bernhauser weist beispielhaft darauf hin, dass der Regelsatz von 311 € einen Anteil von 1,33 € für Schreibmaterial enthält. Daraus leitet er einen Bedarf an Beihilfe ab und fragt nach der Zahl der Anträge auf Beihilfen und Darlehen.
Schließlich verweist er auf die Arbeitslosenstatistik der Regionaldirektion NRW vom Juli. Für die K-A-S Rhein-Berg sei der Bestand an Arbeitslosen unter 25 vom Juni zum Juli um 406 oder um 8,6 % gestiegen. Hierbei scheine es sich um eine große Problemgruppe zu handeln. Ohne entsprechende Angebote würden ganze Lebensperspektiven desolat. Auffallend sei auch, dass die Zahl derer unter 25, die sich in Maßnahmen nach SGB III befinden (Eingliederungshilfen auf dem Arbeitsmarkt), um 17,8 % gesunken sei. Angesicht der gestiegenen Zahl Erwerbsloser unter 25 halte er diesen Rückgang für erstaunlich.

Frau Münzer (CDU-Fraktion) verweist auf Schwierigkeiten, telefonisch den richtigen Ansprechpartner der K-A-S zu erreichen. Diesen Punkt habe sie bereits im letzten Jahr angesprochen. Allerdings sei eine deutliche Besserung eingetreten. Eine Möglichkeit zur Abhilfe sei, die Anrufbeantworter anders zu besprechen.
Sie erinnert an die Professionalität der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der „Hilfe zur Arbeit“. Die Mitarbeiter der Stadt, die in die BA übernommen wurden, würden eine sehr viel bessere Beratung und Vermittlung anbieten als die ursprünglichen Mitarbeiter des Arbeitsamtes. Dies führe sie auf pädagogische Fähigkeiten städtischer Mitarbeiter zurück.
Der erforderliche Verwaltungsaufwand für eine Vermittlung sei sehr viel größer geworden. So seien die Formulare sehr kompliziert und klein gedruckt. Ohne Hilfe seien diese Vordrucke nicht auszufüllen. Bewährt habe sich früher auch die Betreuung aus einer Hand ohne ständigen Sachbearbeiterwechsel. Vielfach würden Erwerbslose in unpassende Maßnahmen gedrängt.

Herr Schnöring erklärt, die vorgebrachte Kritik sei nicht neu. Die Mitarbeiter der K-A-S würden im Grunde genommen aber nur das ausbaden, was ihnen Politiker an anderer Stelle eingebrockt hätten.
Den Anbietern der Arbeitsgelegenheiten wird u. a. Geld für die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen gezahlt. Herr Schnöring möchte wissen, wie deren Durchführung kontrolliert wird.

Herr Hastrich schließt sich dem Fazit Herrn Dekkers an, dass die Leistungsgewährung für die Betroffenen trotz der komplexen rechtlichen und der äußerst problematischen strukturellen Rahmenbedingungen sichergestellt werden konnte, obwohl Behörden zusammengeführt wurden, die nicht zusammenpassten. Er weist auf die erheblichen Probleme auf der Trägerebene zwischen den Kommunen und der BA im Allgemeinen und auch der örtlichen Agentur für Arbeit hin. Durch die Steuerungsfunktion der Bundesagentur für Arbeit würden erhebliche Schwierigkeiten produziert. Als Beispiel führt Herr Hastrich die Idee an, in einem ohnehin nicht funktionierenden Prozess ein neues EDV-System zu installieren.
Zu den kritisierten Formularen und auch den übrigen Schriftverkehr erklärt Herr Hastrich, die örtlich tätigen Kollegen hätten sich an die Formvorschriften der BA zu halten. Er erklärt, mit diesen Erläuterungen verdeutlichen zu wollen, dass trotz widriger Rahmenbedingungen kundenförderlich gearbeitet würde. Dass die vorgetragenen Einwände nicht entkräftet werden können, sei nicht den Kollegen und Kolleginnen anzulasten. Auch die beiden Reformen des SGB II hätten diesbezüglich keine Verbesserungen gebracht. Für den Herbst sei eine Generalrevision des SGB II zugesagt

worden. Er hoffe, dass damit dann tatsächlich eine Verbesserung erreicht wird.

Herr Dekker schließt sich diesen Ausführungen an.
Zur Zahl der Betrugsfälle erklärt er, dass es sich nur um Einzelfälle handelt. Gleichwohl sei es erforderlich, jedem Verdachtsfall im Detail nachzugehen. Öffentliche Bekanntmachungen, dass solchen Fällen nachgegangen wird, hätten einen Präventiveffekt. In der Sozialhilfe sei dies nicht grundlegend anders gewesen.
Die Anregung, nach einem Jahr einen Abgleich durchzuführen, werde sicher aufgegriffen. Die Zahl der Beschwerden halte er angesichts des schwierigen Aufgabenfeldes für gering.
Die von Herrn Dr. Bernhauser genannten Zahlen zu erwerbslosen Jugendlichen würden sich auf den Bereich des SGB III beziehen. Im Bereich des SGB II stiegen die Zahlen nicht an, sondern verliefen tendenziell rückläufig. Der Rückgang von 17% betrifft SGB III-Maßnahmen. Zu diesen Zahlen könne er keine Auskünfte erteilen. Die Zahlen im SGB II-Bereich liegen insgesamt deutlich niedriger als im SGB III-Bereich.
Die telefonische Erreichbarkeit sei zweifellos verbesserungsfähig. Allerdings sei es kaum möglich, komplexe Vorgänge zu bearbeiten und gleichzeitig das Telefon zu bedienen. Es sei daher grundsätzlich besser, nachmittags anzurufen. Alternativen sind, auf den Anrufbeantworter zu sprechen, per Mail um Rückruf zu bitten oder die Servicehotline anzurufen.
Zur Anfrage Herrn Dr. Bernhausers erklärt er, zwischen Darlehen und Beihilfen bestünden Unterschiede. Darlehen würden z. B. für Existenzgründungen und Kautionen gewährt. Für einmalige Beihilfen gäbe es nur noch sehr eingeschränkte Möglichkeiten. Für eine umfassende Antwort müsse erst recherchiert werden.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf die verschiedenen Möglichkeiten, im Rahmen der Sozialhilfe einmalige Beihilfen zu beantragen. Diese seien weitgehend weggefallen und ins Arbeitslosengeld II eingerechnet worden. Allerdings würden die Empfänger keine Rücklagen bilden. Dadurch entstehen Engpässe bis hin zur Stromsperrung. In solchen Fällen seien Beihilfen oder Darlehen grundsätzlich möglich. Die Zahl der Anträge und der gewährten Darlehen und einmaligen Beihilfen wären ein Indikator dafür, wie auskömmlich das ALG II für die Empfänger sei.

Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) hält es für müßig, sich über dieses Thema weiter zu unterhalten. Für jeden Kenner der Verwaltung waren die jetzt beschriebenen Schwierigkeiten abzusehen. Was dem Ausschuss bleibe, sei, den Mitarbeitern den Rücken zu stärken und anzuerkennen, unter welchen Rahmenbedingungen sie ihre Arbeit leisten. Inhaltlich sehe er keine andere Möglichkeit, als auf den jeweiligen Parteitagen die beschriebenen Zustände darzulegen. Zwar sei die Zusammenlegung grundsätzlich richtig, aber völlig falsch organisiert. Auch er sieht in den geringen Beschwerdezahlen ein Maß für die gute Arbeit, die dort geleistet werde.

Frau Schöttler-Fuchs erklärt, bezüglich der Arbeitsgelegenheiten arbeite sie mit der GFA und der Kette zusammen. Die Zusammenarbeit mit der GFA habe sich stark verbessert; auch mit der Kette laufe die Zusammenarbeit reibungslos. Die zwischengeschalteten Träger wären sehr um eine individuelle Unterstützung bemüht.
Sie berichtet von einem Programm des Arbeitsamtes für arbeitslose Jugendliche, die vom Arbeitsamt gefördert werden, wenn sie einen Abschluss erwerben.
Sie fragt nach einer Zusammenstellung von Verbesserungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit bzw. der Organisation. Diese könnte an maßgebliche Stellen weiterge-

leitet werden.

Herr Dekker verweist auf eine erste Sitzung des Arbeitskreises „Bürokratieabbau“ am folgenden Tag. Dort soll gesammelt werden, was im Bereich Bürokratie verbessert werden kann. Er sieht jedoch eine Reihe Verbesserungsmöglichkeiten, die in einer Aufstellung zusammengefasst werden können.
Zur Anfrage Herrn Schnörings verweist er auf Fälle, in denen Wohnraum nicht angemessen sei und nach Ablauf von sechs Monaten nur noch die angemessenen Unterkunftskosten übernommen werden. Ihm seien aber keine Fälle bekannt, in denen Empfänger aus den Wohnungen geklagt wurden. Entweder wurde angemessener Wohnraum gefunden oder die Empfänger gaben sich mit geringeren Unterkunftskosten zufrieden. Das hohe Mietniveau in Bergisch Gladbach wurde bei den Unterkunftskosten angemessen berücksichtigt.
Herr Dekker bestätigt, dass Arbeitsgelegenheiten einen 20 %igen Qualifizierungsanteil enthalten sollen. Nach einem halben bzw. einem Jahr liegen die ersten Rückmeldungen vor. Zahlen dazu müsse er aber erst erfragen und könne diese dann schriftlich mitteilen. In Bergisch Gladbach stellen die Stadt und die evangelische Kirche die meisten Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung.
Herr Hastrich ergänzt, dass für die Arbeitsgelegenheiten beim City-Service neben den tatsächlichen Kosten für den einzelnen Teilnehmer 300 € pro Monat (330 € mtl. für unter 25 Jährige) gezahlt würden. Aus diesen Beträgen müsse beispielsweise das Anleitungspersonal für die Arbeitsgelegenheiten bezahlt werden. Je nach Tätigkeitsfeld entfalle auf 8 bis 12 Personen eine Anleitungskraft. Auch Transportkosten und Abrechnungen der Maßnahmen müssen aus den genannten Beträgen für tatsächlich erschienene Personen gezahlt werden.
Nach verwaltungsinterner Abstimmung muss sich der Ausschuss mit der Gestaltung dieses Arbeitsbereiches befassen. Daher bittet er darum, diesen Punkt zurückzustellen.
Herr Gerhards berichtet, aus zweiter Hand habe er nur gute Erfahrungen mit der BA, was aber überwiegend unter 25-jährige betreffe. In diesem Bereich sei der Kontakt reibungslos.

Herr Hastrich erklärt, der Sozialausschuss müsse sich in seiner nächsten Sitzung mit den Perspektiven im Kreisgebiet beschäftigen. Die Verwaltung werde dem Ausschuss vorschlagen, was zwischen den Bürgermeistern und dem Landrat abgestimmt wurde. Die Bezirksregierung hat bei der Genehmigung des Haushaltes 2005 des Kreises beanstandet, dass die Kosten für SGB II nicht im Kreishaushalt, sondern in den Haushalten der kreisangehörigen Gemeinden veranschlagt wurden. Vom 01.01.2006 an werden die Kosten für SGB II im Kreishaushalt veranschlagt. Der Kreis hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, neben der Finanzverantwortung sollten ihm auch die Aufgabenverantwortung und die Steuerungsmöglichkeiten übertragen werden. Im ersten Halbjahr diesen Jahres wurde zwischen den Hauptverwaltungsbeamten abgestimmt, dass den Kommunalparlamenten vorgeschlagen werde, bis zum 31.12.2006 die kreissanghörigen Kommunen als Träger der Kooperation Arbeit und Soziales ausscheiden und die ARGE i. S. d. SGB II künftig nur noch durch die Agentur für Arbeit und den Rheinisch-Bergischen Kreis gebildet wird. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, die bisherige Beauftragung für die Kundencenter aus dem Arbeitsvertrag „Kooperation Arbeit und Soziales“ mit einem Beauftragungsvertrag zu regeln. Aus der Perspektive der Betroffenen ergeben sich somit keine Veränderungen.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf die Schwierigkeiten, die Hartz IV-Empfänger An-

fang des Schuljahres bei der Beschaffung der Schulbücher wegen des Eigenanteils hatten. Mit Beginn dieses Schuljahres ist die Zuzahlungsfreiheit bei den Schülerfahrtkosten für Kinder aus Hartz IV-Familien weggefallen. Seine Eilabfrage bei einigen Schulleitern habe ergeben, dass es große Probleme mit diesen Mehrkosten gebe. Zwar würden Schulfördervereine so weit wie möglich helfen. Das greife aber nicht in jedem Fall.

Herr Hoffstadt spricht sich dafür aus, dass noch zur Verfügung stehende Mittel für solche Zwecke bereitgestellt würden.

Herr Schnöring erklärt, er habe beim Bürgermeister schriftlich wegen der Kosten für die Schulbücher nachgefragt und die Antwort erhalten, die Stadt könne diese Kosten auch deshalb nicht übernehmen, weil sie sich im Nothaushalt befinde.

Herr Hastrich bestätigt, es handele sich bei der Übernahme einer solchen Zahlung um eine zusätzliche freiwillige Leistung, die der Stadt als Kommune im Nothaushalt untersagt sei.
<-@

10 Neufassung der Richtlinien für den Löwenpass

@->
Herr Hastrich sieht die heutige Beratung als Vorbereitung eines Beschlussvorschlages für die nächste Sitzung. Herr Kotulla bittet darum, bei Vorschlägen darauf zu achten, dass keine neue freiwillige Aufgabe entsteht.

Herr Dr. Bernhauser hält es für absehbar, dass die für den Löwenpass zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht vollständig ausgegeben werden. Mit verbleibenden Mitteln könnten in diesem Jahr Notfällen zum Schuljahresbeginn abgeholfen werden. In Köln sei eine ähnliche Regelung getroffen worden. Für die Zukunft spricht er sich dafür aus, das begrenzte Budget zielgerichteter einzusetzen. Anstatt einer Verteilung auf mehrere Gruppen Bedürftiger sei auch eine spezifische Ausrichtung z. B. auf die Förderung von Erziehung und Bildung benachteiligter Kinder denkbar. Zwar sei ihm – ausreichende Mittel vorausgesetzt – eine Berücksichtigung aller Bedürftiger am liebsten. So halte er aber die Bildung von Schwerpunkten für angemessen. Zur vorgeschlagenen Ausrichtung gehöre auch eine größere Breite an Möglichkeiten für Mittel aus dem Löwenpass z. B. für den Einkauf von Schulmaterial.

Frau Schreiber (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach Beispielen für den letzten Satz auf Seite 22 der Einladung. Die Formulierung alleine sei schwer verständlich.

Herr Galley (SPD-Fraktion) begrüßt den Vorschlag Herrn Dr. Bernhausers. Durch die Armut von Hartz IV-Empfängern würde den betroffenen Kindern die Zukunft verbaut.

Herr Hoffstadt unterstützt den Vorschlag ebenfalls und spricht sich als Schwerpunkte für die Ausstattung von Schulen vor allem mit Büchern und einen Zuschuss für einen Träger aus, der für Kinder ein Mittagessen bereitstellt. Insgesamt möchte er den Schwerpunkt auf unterversorgte Kinder setzen. Offen sei noch die Form des Angebotes. Wichtig sei ihm, dass die Hilfe die Kinder auch erreiche.

Frau Münzer möchte den Eltern dieser bedürftigen Kinder die Möglichkeit einräumen, ermäßigt an Bildungsveranstaltungen zu Erziehungsthemen teilzunehmen. Möglich sei auch, einzelne Förderungen zu budgetieren.

Herr Möller (Seniorenbeirat) fragt nach Altersstrukturen der bisher Berechtigten.

Frau Bendig (CDU-Fraktion) interessiert sich für Erkenntnisse, was die bisherigen Löwenpassinhaber in Anspruch genommen haben. Sie gehe davon aus, dass es sich bei den in Anspruch genommenen Angeboten auch um Bildungsdinge gehandelt habe.

Herr Hastrich erklärt, zur Altersstruktur lägen keine Zahlen vor; sie seien auch nicht zu ermitteln. Es würde nicht erfasst, wem der Löwenpass ausgegeben werde. Vielmehr werde nur geprüft, ob zum Zeitpunkt der Ausgabe die Anspruchvoraussetzungen erfüllt wären.
Für 2006 könne er noch keine Angaben leisten, welche Angebote in welcher Höhe in Anspruch genommen würden. Den Stand zum 30.09.2006 könne der Vorlage für die nächste Sitzung beigefügt werden. 2005 wurden etwa die Hälfte des Ansatzes in Höhe von 57.000 € ausgegeben. Davon entfiel der größte Teil (10.500 €) auf die städtische Bädergesellschaft. Weitere Schwerpunkte sind Sport (Mediterana knapp 2.500 €) und die Eissporthalle (500 €). Auf die städtische Musikschule entfielen knapp 8.000 €, die Volkshochschule 5.000 € sowie Familienbildungskurse etwa 6.000 €. Bis zum 30.06.2006 wurden den Zuschussgebern etwa 14.000 € erstattet. Er erwarte für 2006 mehr Ausgaben als in den Vorjahren.

Zur Frage Frau Schreibers verweist er auf einen Vorschlag der FDP-Fraktion, Zuschüsse, die aus dem städtischen Haushalt bisher an Träger gezahlt wurden, aufzulösen und durch individuelle Förderungen zu ersetzen. Dies sei aber schwierig und mengenmäßig nicht darstellbar.
Herr Hastrich verweist darauf, dass die Ausgaben für den Löwenpass Teil des Korridors sind. Sofern sich nicht aus dem Korridor eine Änderung ergebe, sei der Ansatz von 57.000 € eine Obergrenze. Durch den Wegfall der Lernmittelfreiheit für Empfänger von Sozialleistungen entstehen überschlägig Aufwendungen in Höhe von 63.000 € für Kinder auf weiterführenden Schulen und weitere 18.000 € für Grundschulkinder, insgesamt überschlägig 83.000 €. Nicht berücksichtigt sei der viel größere Aufwand für die weggefallene Befreiung bei der Schülerbeförderung (tatsächliche Kosten pro Jahr und Kind: 144 €). Unter der Voraussetzung, dass die Hälfte der betroffenen Kinder diese Kosten tragen müssten, fallen nochmals 90.000 € an (600 Kinder x 150 €). Diese Kosten liegen deutlich oberhalb des Haushaltsansatzes für den Löwenpass.
In den Richtlinien für den Löwenpass werden der Verwaltung die Verwendungszwecke verbindlich vorgegeben. Schulbezogene Aufwendungen sind in den Richtlinien nicht vorgesehen. Eine pragmatische Lösung wie von Herrn Dr. Bernhauser vorgeschlagen scheidet damit zunächst aus. Eine andere Verwendung setzt einen entsprechenden Beschluss voraus.

Herr Hoffstadt spricht sich für eine Konzentration auf die zusätzliche Förderung der Bedürftigen und vordringlich der Grundschüler aus. Die Summe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel müsse eingehalten werden.

Herr Gerhards verweist auf die Ausführungen seiner Fraktion in der letzten Sitzung. Auch in der Familienbildung sei es möglich, Pauschalzuschüsse durch erhöhte indivi-

duelle Zuschüsse zu ersetzen. Die von Frau Schreiber angesprochene Formulierung sehe er eher als Resolution an den Rat als einen Richtlinientext. Komme es in den kommenden Jahren zu Kürzungen der Pauschalzuschüsse, solle ein Teil des Geldes für den Löwenpass angelegt werden. Er sehe den Sinn des Löwenpasses auch darin, Bedürftige aller Altersklassen in die Gesellschaft zurückzuführen.

Frau Schöttler-Fuchs schlägt vor, die Standpunkte interfraktionell auszutauschen. Anschließend halte sie einen Beschluss für sinnvoll, einen Teil des Geldes schon in diesem Jahr für die Erstausstattung bedürftiger Kinder auszugeben.

Herr Hastrich stellt klar, dass ein Beschluss eine Erweiterung der Löwenpassrichtlinien zum Inhalt haben muss. Dadurch werde vermieden, eine neue freiwillige Leistung einzurichten. Die Grundüberlegung war, bis zur Ratssitzung zu überlegen, wie hoch der verbleibende Restbetrag ausfallen wird. Der Rat könne dann entscheiden, dass dieser Restbetrag im Rahmen der Richtlinien für den gleichen Personenkreis für schulbezogene Kosten zu verwenden.

Herr Dr. Bernhauser hält eine Unterscheidung für wichtig, was in diesem Haushaltsjahr noch zu leisten sei und was im nächsten Haushaltsjahr erledigt werden könne. Für dieses Jahr solle der vorliegende Antrag unterstützt werden. Für das nächste Jahr solle über eine Regelung nachgedacht werden, die auch Kinder in weiterführenden Schulen berücksichtigt. Das müsse nicht unbedingt zu einer 100 %igen Förderung führen.
Er weist darauf hin, dass die Familienbildungsstätten keine pauschalen Zuschüsse bekommen.
Nach anfänglicher Sympathie für den Antrag der FDP-Fraktion sei er von den zusätzlichen Belastungen für ALG II-Empfänger überrollt worden. Diese hätten bei ihm zu einer Meinungsänderung zugunsten einer Förderung von Erziehung und Bildung benachteiligter Kinder geführt.

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

> Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, die Löwenpassrichtlinien in 2006 dahingehend zu erweitern, dass mit den noch verbleibenden Haushaltsmitteln durch Einzelentscheidung der Verwaltung auch die schulbezogenen Kosten für den Personenkreis des Löwenpasses gefördert werden können.

Frau Schöttler-Fuchs weist darauf hin, dass ein interfraktioneller Arbeitskreis einberufen wird, der sich mit der Thematik und einer Lösung für 2007 befassen wird.

<-@

11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2006 zu alternativen Wohnmöglichkeiten im Alter

@->

Herr Schnöring sieht grundsätzlich Möglichkeiten, dass sich seine Fraktion an den Kosten für die Referentin beteiligt. Möglicherweise sei dies anderen Fraktionen eben-

falls möglich.

Frau Leyendecker erklärt, da es sich um die Stadtkonferenz Altenarbeit handelt, könne das Seniorenbüro ebenfalls Teile der Kosten tragen.

Die Vorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen.
<-@

12 Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil
@->
Frau Winkels

Ich habe gehört, dass zum 01.01.2007 die Versorgungsämter aufgelöst werden. Welche Bedeutung hat das für Bergisch Gladbach?

Herr Hastrich sagt eine schriftliche Antwort zu. Er gehe zunächst davon aus, dass die Schließung keine Auswirkungen auf Bergisch Gladbach hat, da das Versorgungsamt überregional tätig ist. Fraglich sei lediglich, ob die monatliche Sprechstunde im Stadthaus weiter durchgeführt wird.

Herr Hoffstadt

1. Kann die Verwaltung dem Ausschuss Daten zur Altersarmut liefern? Bundesweit wird eine Zahl von 3 – 4 % publiziert, wobei es sich um einen relativen Begriff handelt.

Herr Hastrich sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

2. Ich persönlich fände es nicht schlecht, wenn Ausschuss und Verwaltung für das Jahr 2007 ein Arrangement treffen würden, die Sitzungen des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses terminlich zusammenzulegen. Es sollen aber weiterhin getrennte Sitzungen durchgeführt werden. Damit wäre für jeden Einzelnen der Aufwand zu minimieren. Die personelle Zusammensetzung beider Ausschüsse ist ziemlich identisch. Wird die Möglichkeit für diese Vorgehensweise gesehen?

(Zu dieser Anfrage teilt Herr Hastrich Folgendes mit:
2007 sind die Sitzungen so terminiert, dass sie in der Regel an aufeinander folgenden Tagen stattfinden. Damit ist den Fraktionen die Möglichkeit gegeben, ihre Arbeitskreise zusammen tagen zu lassen.
In der Regel lässt sich keine präzise Tagungsdauer der Ausschüsse absehen. Zudem sind die Tagesordnungen für zwei aufeinander folgende Sitzungen i. d. R. zu umfangreich.)

Herr Schnöring

In meiner und wohl auch in den anderen Fraktionen sind Beschwerdebriefe wegen der Obdachlosen eingegangen bzgl. Rondellchen, Forumpark und an der Galerie Zanders. Ich rege an, dass sich dieser Ausschuss in seiner nächsten Sitzung mit dieser Thematik intensiver befasst.

Wir haben kein 100 %iges Lösungsmodell für den Aufenthaltsort dieser Personengruppe. Wenn die Mitteilungen der Anwohner über den Handel mit Drogen dort zutreffen, sollte sich der Ausschuss damit befassen. Ggf. müsse auch die Polizei zu diesem Thema eingeladen werden.

Herr Hastrich sagt eine Behandlung im Sozialausschuss zu.

Frau Münzer

Den Ausschussmitgliedern ist bekannt, dass es seit April in Bergisch Gladbach die Institution „Die Tafel“ gibt. „Die Tafel“ sucht noch nach geeigneten Räumen. Eine Anfrage bei der Verwaltung wurde negativ beantwortet. Ich bitte alle Ausschussmitglieder, nach einem geeigneten Raum Ausschau zu halten. Informationen erbitte ich an den 1. Vorsitzenden Herrn Dr. Kerkhoff.

Herr Pick

In diesem Sommer musste ich kurzfristig für zwei Personen Kurzzeitpflegeplätze organisieren. Sehr dankbar war ich für die Broschüre „Wohnen im Alter“, die Adressen entsprechender Einrichtungen enthält. Gibt es die Möglichkeit, ein zentrales Register nicht nur im Bereich der Kurzzeitpflege einzurichten? Dadurch könnte über einen Ansprechpartner schneller ans Ziel gelangt werden.

Frau Leyendecker erklärt, sowohl Kreis- als auch Stadtverwaltung würden diese Idee schon seit vielen Jahren verfolgen. Die Umsetzung scheitere daran, dass die Heime nicht bereit seien, freie Plätze zu melden. Die Heime möchten über die Belegung der Plätze selbst verfügen. Im Kreis Euskirchen gebe es bereits solche Stellen.

Herr Pick erklärt, er habe beispielsweise mit der Einzugsberaterin der CBT gesprochen. Diese fände die Idee prima; sie sei bereits ähnlich vorstellig geworden, aber am Seniorenbüro gescheitert.
Das wird von Frau Leyendecker zurückgewiesen. Es sei aber ein Unterschied, ob solche Äußerungen durch die Einzugsberaterin oder die Geschäftsführung erfolgen.

Herr Möller

Im Rahmen meiner Beratungen betagter Einwohner ist die Frage aufgetreten, wer für Rundfunk- oder Fernsehgebührenermäßigungen zuständig ist. Ist dies das Sozialamt oder die GEZ? Mir wurden von beiden Bewilligungsbescheide vorgelegt.

Frau Leyendecker verweist auf eine Gesetzesänderung in diesem Bereich. Früher hat das Sozialamt die entsprechende Hilfsbedürftigkeit bescheinigt. Heute stellt die GEZ die Bescheinigungen selber aus. Auf dem Vordruck der GEZ kann die Sozialbehörde bescheinigen, dass der Originalbescheid z. B. des Kundencenters vorgelegen habe. Eine Entscheidung werde dadurch aber nicht getroffen. Der Vordruck müsse dann – wie früher auch – an die GEZ geschickt werden.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.20 Uhr. <-@